



Eine schwierige Entscheidung: Ist Rumänien reif für den EU-Beitritt 2007?

Am 13. April 2005 steht das Europäische Parlament vor einer schweren Entscheidung: Es soll seine Zustimmung zum Abschluss der Beitrittsverhandlungen und zur Unterschrift des Beitrittsvertrages mit Rumänien am 25. April geben. Doch ist Rumänien wirklich reif für den Beitritt? Die aktuelle Debatte im Parlament zeigt: viele Abgeordnete zweifeln daran.

Die aktuelle Debatte

Die Beitrittsreife

Der Fortschrittsbericht der Kommission, Stellungnahmen von Nichtregierungsorganisationen und Medienberichte verdeutlichen, dass es viele Bereiche gibt, in denen Rumänien die Standards für eine EU-Mitgliedschaft noch nicht erfüllt. Dabei geht es nicht nur um die Übernahme der Gesamtheit des EU-Rechts (Acquis communautaire). Vielmehr stellt sich die Frage, ob Rumäniens Demokratie den Reifegrad erreicht hat, der von einem EU-Mitglied erwartet wird. Sollte der Beitritt nicht besser verschoben werden?

Auf der anderen Seite hat in Rumänien im Dezember 2004 ein Regierungswechsel stattgefunden, der möglicherweise eines Tages als historisch bezeichnet werden wird. Trotz starker Beeinflussungs- und Manipulationsversuche seitens der regierenden Ex-Kommunisten hat die Bevölkerung erstmals eine neue, junge Regierungsmannschaft ins Amt gewählt, die den Umbau der Gesellschaft Ernst zu nehmen scheint.

Auch die rumänische Bevölkerung setzt große Hoffnungen in den Beitritt ihres Landes zur EU. 81 Prozent sprechen sich dafür aus. Ebenso viele (82 Prozent) erklären, dass das Europäische Parlament die Insti-

tution ist, der sie nach der Kirche am meisten vertrauen.¹

Die Entscheidung des EU-Parlaments

Das Europäische Parlament befindet sich in einem Dilemma. Entweder, es stimmt der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages nicht zu. Damit würde es wohlmöglich die auf einer schwachen Mehrheit basierende Regierung destabilisieren und in der Konsequenz den alten Seilschaften wieder zur Macht verhelfen. Oder das Parlament stimmt dem Abschluss zu in der Hoffnung, dass die neue Regierung ihr bisheriges Reformtempo beibehält und signifikante Verbesserungen in Rumänien bis 2007 erreicht. Keine leichte Entscheidung.

Die Sicherheitsklausel

Der Beitrittsvertrag mit Rumänien sieht eine Sicherheitsklausel vor. Diese erlaubt es der EU, im Falle der Nicht-Erfüllung bestimmter Verpflichtungen, den Beitritt Rumäniens um ein Jahr zu verschieben. Doch eine Beteiligung des Parlamentes an dieser Entscheidung ist nach EU-Recht nicht vorgesehen. Da sowohl der Ministerrat als auch die Europäische Kommission in der Vergangenheit die Probleme in Rumänien nicht Ernst genug genommen haben, fällt es schwer, sich nur auf diese beiden Organe bei der Aktivierung der Klausel zu verlassen. Ein möglicher Ausweg bestünde darin, der Unterzeichnung des Vertrages unter zwei Bedingungen zuzustimmen. Erstens sollte das Europäische Parlament von der Kommission weiterhin über Rumäniens Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt unterrichtet werden. Zweitens fordert das Parlament, bei der Entscheidung über eine mögliche Inkraftsetzung der Sicherheitsklausel beteiligt zu werden. Eine solche fortgesetzte Beteiligung des Parlamentes wäre ein neues Vor-

¹ EuroBarometer 2004.

gehen, das es in der Geschichte der Erweiterungen der Europäischen Union noch nicht gegeben hat. Auch institutionell gesehen würde das Parlament dadurch gestärkt. Ein entsprechender Vorschlag wurde am 30. März 2005 vom zuständigen Auswärtigen Ausschuss des Parlamentes auf Initiative des holländischen Grünen-Abgeordneten Joost Lagendijk verabschiedet. Ohne eine solche Vereinbarung zur Beteiligung würde das Parlament mit seiner Zustimmung zur Unterzeichnung des Beitrittsvertrages am 13. April eine Wette auf die Zukunft eingehen. Eine unsichere Angelegenheit, denn wie heißt es so schön: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Hintergrundinformationen zu Rumänien

Rumänien nach dem Ende des Kommunismus

Im November und Dezember 2004 haben in Rumänien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattgefunden, aus denen die Opposition siegreich hervorgegangen ist. Damit wurde die Ära der Regierung der PSD, der Ex-Kommunisten unter der Führung von Iliescu und Nastase, beendet. Mit dem Systemwandel 1989 ging in Rumänien – anders als in anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks – kein Elitenwechsel einher. Kommentatoren sprechen von einer "gestohlenen Revolution". Andrei Plesu schreibt zur Wende 1989: "Rumänien schien ein Riesenbetrug gelungen zu sein: Es hatte etwas organisiert, was nach Revolution aussah, in Wirklichkeit jedoch blieben die Strukturen der Diktatur unangetastet."² Korruption, Vetternwirtschaft, Einflussnahme der PSD auf Justiz und Medien waren an der Tagesordnung. Im Juli 2002 veröffentlichte die Intellektuellenzeitung Revista eine Karte der lokalen Barone und Mafiosi der PSD, die sie der "legalisierten Korruption" bezichtigte. Die Herrschaft der Ex-Kommunisten wurde nur von 1996 bis 2000 unterbrochen. Damals übernahm ein Oppositionsbündnis die Regierung. Es bestand allerdings aus zahlreichen altbekannten Gesichtern der rumänischen Politik. Dieses Bündnis war zu schwach und zu zerstritten,

² Zitiert nach: Sabine Habersack 2003: Sonderfall Rumänien? Korruption, Defizite des Parteiensystems, Autoritarismus, S. 44-61, in: KAS-AI 09/03.

um einen echten Wandel herbei zu führen. Die Regierung war nicht in der Lage, die in sie gesetzten Hoffnungen auf einen radikalen Bruch mit der Politik der Vergangenheit zu erfüllen, so dass die PSD nach vier Jahren wieder an die Macht gelangte.

Der Regierungswechsel Ende 2004

Bei den Wahlen 2004 gewann der Kandidat der Opposition, Traian Basescu, im dritten Wahlgang die Präsidentschaftswahlen trotz massiver Beeinflussungsversuche der PSD-Regierung insbesondere durch die Dauerpräsenz ihres Präsidentschaftskandidaten Nastase in den Medien. Nach bekannt gewordenen Wahlfälschungen in der ersten und zweiten Runde wurde in der dritten Runde das Wahlrecht geändert und Basescu setzte sich durch.³ Ebenso ging aus den Parlamentswahlen - wenn auch nur knapp - eine Regierung der Reformer hervor. Das Mitte-Rechts-Bündnis bestehend aus vier Parteien unter der Führung von Premierminister Calin Popescu-Tariceanu, enthält viele neue, junge Gesichter. Aushängeschild ist die neue Justizministerin, die sich in den vergangenen Jahren aktiv für die Reform der Justiz eingesetzt und die alte Regierung vehement kritisiert hatte. Von zahlreichen Vertretern der Zivilgesellschaft wird die neue Regierung begrüßt. Mit ihr verbindet sich die Hoffnung, erstmals einen realen Elitenwechsel und damit einhergehend strukturelle Reformen hin zu einer modernen europäischen Demokratie durchzusetzen. Zu kämpfen hat die Tariceanu-Regierung allerdings mit dem nach wie vor großen Einfluss der alten Kader. In den Schlüsselpositionen von Staat und Gesellschaft sind die Anhänger der PSD fest installiert. So sind beispielsweise die Vorsitzenden der beiden Kammern des Parlamentes ehemalige PSD-Ministerpräsidenten. Da die neue Regierung die Gewaltenteilung strikt respektieren will, ist ein Austausch dieser Personen nur auf lange Sicht möglich.

³ Die EU hat trotz Bitte der größten Oppositionspartei keine Wahlbeobachter entsendet, die OSZE nur eine kleine Mission von 18 Personen. NGO- und Medienberichten zufolge wurde in vielen Fällen mehrfach gewählt und Stimmen gekauft. Le Monde, FAZ, 30.11.04, OSZE/ODIHR, 29.11.04.

Die Reformen seit Regierungsantritt im Dezember 2004

Die neue Regierung hat seit dem Regierungsantritt ihre Entschlossenheit zur Reform durch zahlreiche Gesetzesänderungen unter Beweis gestellt. Der Schwerpunkt der Reformen lag auf der Bekämpfung der Korruption, insbesondere in hohen Ämtern, sowie auf der Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz.

Maßnahmen gegen Korruption: Zur Bekämpfung politischer Korruption auf höchster Ebene wurde die Immunität für ehemalige Minister der rumänischen Regierung aufgehoben, wie 2004 im GRECO-Bericht des Europarates vorgeschlagen. Die Zahl der Staatsanwälte, die im Bereich Korruptionsbekämpfung tätig sind, wurde um 120 erhöht. Eine neue Anti-Korruptionsstrategie wird derzeit erarbeitet auf Grundlage einer Bewertung der Strategie 2001-2004 durch die renommierte internationale Anti-Korruptionsorganisation "Freedom House". Eine Erklärung über finanzielle Interessen von Angehörigen des öffentlichen Dienstes wurde detaillierter und strikter gefasst sowie auf einen größeren Personenkreis ausgedehnt. Das Büro des Anti-Korruptions-Staatsanwalts (NAPO) erhielt den Auftrag, sich auf hochkarätige Korruption zu konzentrieren. Zahlreiche neue Ermittlungsverfahren wurden vom NAPO seit Anfang des Jahres eröffnet, darunter zehn, die Fälle von besonders schwerer Korruption und organisierter Kriminalität betreffen. 23 Urteile ergingen, mit 37 Verurteilten. Die Gehälter der Beamten wurden um 25 Prozent erhöht, um die Anfälligkeit für Korruption zu verringern.

Reform der Justiz: Neben der Ernennung unabhängiger, integrier Persönlichkeiten für leitende Positionen im Justizministerium, wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsfähigkeit und Unabhängigkeit der justiziellen Institutionen getroffen. Dazu gehört die Umsetzung eines Gesetzgebungspakets vom Juni 2004 inklusive Inkraftsetzung des unabhängigen Hohen Rats der Magistrate (SCM). Juristische Fälle werden von nun an strikt nach dem Zufallsprinzip verteilt. Ein neuer Aktionsplan zur Justizreform 2005-2008 ist in Arbeit. Das Strafgesetzbuch wurde dahingehend geändert, dass Beleidigung kein

Straftatbestand mehr ist und Verleumdung nicht mehr mit Gefängnis bestraft wird. Maßnahmen zum besseren Zeugenschutz wurden ebenfalls verabschiedet.

Weitere wichtige Reformen: Im Bereich der Pressefreiheit hat die Regierung Tariceanu die bisherige Praxis der politischen Einflussnahme durch intransparent Vergabe von staatlichen Werbegeldern abgeschafft. Von nun an müssen solche Aufträge öffentlich ausgeschrieben werden. Das höchst fragwürdige Bergwerksprojekt in Rosia Montana wird einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterworfen. Der umstrittene Milliardenauftrag zur Verbesserung des Grenzkontrollregimes an die EADS (Airbus) ohne öffentliche Ausschreibung wurde auf Eis gelegt und wird überprüft.

Trotz eingeleiteter Reformen: Der Weg ist noch weit

Auch wenn die von der neuen Regierung eingeleiteten Reformen vielversprechend sind, ist der Weg zur nachhaltigen Demokratisierung des rumänischen Staates noch lang. Bürger, Geschäftsleute und Staatsbedienstete müssen Vertrauen in die Ernsthaftigkeit der neuen Regeln gewinnen. Der dazu notwendige Mentalitätswandel wird noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte benötigen. Denn die eingespielten Verhaltensmuster sitzen tief. Wie die Chefin der Menschenrechtsorganisation amnesty international in Rumänien, Oana Zabava, bemerkt: "Jeder zahlt Bestechungsgelder - an Ärzte, Lehrer, Krankenschwestern und Staatsbedienstete."⁴ Auch auf anderen Gebieten ist der Reformbedarf noch groß: Die Zustände in den psychiatrischen Kliniken auf dem Lande sind weiterhin katastrophal, die Patienten sind dort oft unter menschenunwürdigen Bedingungen untergebracht. Die Situation der großen Minderheit der Roma ist trotz inzwischen guter rechtlicher Rahmenbedingungen stark verbesserungswürdig. Die Umweltstandards der EU wird Rumänien auf Jahre hinaus nicht erfüllen. Elf Übergangsfristen zur Umsetzung des EU-Rechts bieten Ausnahmen bis zum Jahre 2018. Insgesamt bleibt die Entwicklung auf dem Lande in Rumänien noch weit hinter europäischen Standards zurück.

⁴ International Herald Tribune, 24.11.04

Die traurige Rolle der EU

Offensichtlich liegt noch ein großes Stück Arbeit vor Rumänien. Doch nicht nur die bisherigen rumänischen Regierungen sind für das Zurückbleiben hinter anderen Beitrittskandidaten verantwortlich zu machen. Neben erschwerten Startbedingungen Rumäniens durch einen bereits niedrigen Entwicklungsstand unter Ceausescu, war es nicht zuletzt ein Mangel an offener, konstruktiver Kritik der Europäischen Union in den vergangenen Jahren, der für die heutige Situation mitverantwortlich ist. Wie der britische Rumänien-Experte Tom Gallagher nachweist, haben sich verschiedene EU-Spitzenpolitiker in Kommission und Rat bei ihrem unkritischen Urteil über die Fortschritte Rumäniens auf dem Weg zum Beitritt in

den vergangenen Jahren häufig von sachfremden, oft parteipolitischen Motiven, leiten lassen.⁵ Doch jetzt erstmals gegen die Fortsetzung des Beitrittsprozesses zu stimmen ist auch keine Lösung. Die neue, reformorientierte Regierung würde damit für die Fehler ihrer Vorgänger bestraft und in ihrer Regierungsfähigkeit gefährdet. Der einzig glaubwürdige Ausweg aus der derzeitigen Situation besteht daher in der Fortführung des Beitrittsprozesses unter strikter Beobachtung der Einhaltung der Kriterien durch die Europäische Union. Statt Rumänien zurück zu stoßen sollte die EU ihrem zukünftigen Mitglied die Hand reichen zur gemeinsamen, verstärkten Arbeit an den verbleibenden Herausforderungen. Bis zum Beitritt und darüber hinaus.

Weitere Informationen zur aktuellen Debatte um den EU-Beitritt Rumäniens und anderen europapolitischen Themen finden Sie unter www.heide-ruehle.de.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an das Büro von Heide Rühle:

Büro Brüssel

Europäisches Parlament
Büro ASP 08G163
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel

Tel.: +32-(0)2-284 76 09
Fax: +32-(0)2-284 96 09
E-Mail: hruehle@europarl.eu.int

Grünes Europabüro Baden-Württemberg

Forststraße 93
70176 Stuttgart

Tel: 0711-993 59 20
Fax: 0711-993 59 99
E-Mail: tilo.berner@ba-wue.gruene.de

Stand dieses Papiers: April 2005

⁵ Siehe Tom Gallagher, Beitrag zur Konferenz "Will Romania Avoid the Safeguard Clause?", Europäisches Parlament, 14.03.05, unter der Schirmherrschaft von Heide Rühle, MdEP. (Dokumentation auf www.heide-ruehle.de).